

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 11. Juli 2026 • Nr. 158/28 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,40 € F.A.Z. im Internet: **faz.net**

Spahn: Höcke das Wahlrecht entziehen

MÜNCHEN/BERLIN. Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Jens Spahn (CDU), erhält Unterstützung für seinen Vorschlag, dem thüringischen AfD-Vorsitzenden Björn Höcke das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen. Sepp Müller (CDU), stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion, sagte der F.A.Z., er halte „ein Verfahren zum Entzug des passiven Wahlrechts für prüfenswert“. Müller, der aus Sachsen-Anhalt kommt, sagte, dass er für ein AfD-Verbotsverfahren derzeit jedoch „keine Grundlage sehe“. Spahn hatte sich in einem „Focus“-Podcast geäußert und war dort klar auf Distanz zur AfD gegangen. Vom Koalitionspartner erhielt Spahn ebenfalls Unterstützung für seinen Vorstoß. Dieser sei „absolut richtig“, teilte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Dirk Wiese, der F.A.Z. mit. In der CSU wird unterdessen darüber debattiert, ob es ein Teilverbot für die AfD geben könnte. Klaus Holetschek, der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, sagte, man müsse „Teile der AfD wie den Landesverband Thüringen genau beobachten, die Bedrohungslage im Blick behalten und zumindest ein Teilverbot nicht kategorisch ausschließen“. (Siehe Seite 4.) *elo/tif.*

Fünf Jahre sind keine lange Zeit



Ahrtal-Katastrophe – Nicht alle Fassaden sind schon so perfekt saniert wie diese in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Der Wiederaufbau nach der Flut zieht sich hin. Vor fünf Jahren riss sie in der Nacht auf den 15. Juli 135 Menschen im Ahrtal in den Tod. In der kommenden Woche wird ihrer

gedacht werden, Kanzler und Bundespräsident reisen an. Wie gehen die Leute auf den Jahrestag zu? Wie hat sich das Leben an der Ahr verändert? Gibt es wieder Alltag? Davon erzählen auf **Seite 3** Familie Klees und Pfarrer Meyrer – und davon zeugen die Spuren in der Stadt. Foto Lucas Bäuml

Das politische Grab selbst geschaufelt

Von Thomas Jansen

Kai Wegner hat sich sein politisches Grab selbst geschaufelt. Dass der Regierende Bürgermeister von Berlin an dem Tag, an dem 45.000 Berliner Haushalte wegen eines Brandanschlags bei eisiger Kälte ohne Strom ausharren mussten, nicht die betroffenen Bezirke besuchte, war ein schwerer Fehler. Erst recht, dass er stattdessen mit seiner Lebensgefährtin Tennis spielte. Aber das hätte Wegner politisch vermutlich überleben können, wenn er die Karten direkt auf den Tisch gelegt hätte, wenn er im Büßergewand öffentlich Abbitte geleistet hätte. Stattdessen machte Wegner falsche Angaben über den zeitlichen Beginn seines telefonischen Krisenmanagements. Damit aber wurde es für die Berliner CDU immer schwerer, ihm die Stange zu halten.

Auch hier bewies Wegner kein politisches Gespür. Seine Parteifreunde, auf deren Unterstützung das angeschlagene Stadtoberrhaupt angewiesen ist, verprellte er mit Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg. Dabei wäre er mehr denn je auf ihre

Unterstützung angewiesen gewesen. Aber Wegner wirkte unbelehrbar. Es schien, als glaube er, für ihn gälten die herkömmlichen Regeln des Politikbetriebs nicht.

Wegners Regierungsstil mochte anfangs erfrischend unkonventionell daherkommen. Am Ende haftete ihm jedoch mehr als ein Hauch von hemdsärmeliger Selbstherrlichkeit an. Wie groß der Unmut über Wegner in der Berliner Union zuletzt war, lässt sich am Zeitpunkt seiner Ankündigung ermessen. Gut zwei Monate vor der Wahl galt es eigentlich als zu riskant, auf ein neues Pferd zu setzen; es sei denn, man traute dem alten gar nichts mehr zu. Wegner hat die gesichtswahrende Variante gewählt. Er ist nicht zurückgetreten, sondern tritt nur nicht mehr an. Aber dass das keine freie Entscheidung war, liegt auf der Hand. Die Berliner CDU sah ihre ohnehin sehr zerzausten Felle davonschwimmen. Für die deutsche Hauptstadt, in der so vieles im Argen liegt, bedeutet dieses Ende der Amtszeit Wegners einen weiteren Zeitverlust.

Wir Normalos

Von Jasper von Altenbockum

Sehr viele Menschen können für sich beanspruchen, alles richtig gemacht zu haben im Leben. In der Schule waren sie vielleicht nicht die Besten, aber sie fanden es in Ordnung, dass es Noten gab. Dass es im Sport Gewinner und Verlierer gab. Dass Leistung zählte, nicht Work-Life-Balance. Ferienarbeit war normal. Nach der Schule: Berufsausbildung und Lehrjahre, die keine Herrenjahre sind. Pünktlichkeit war selbstverständlich, Krankmachen unter der Würde. Freiwilliges Jahr, Bundeswehr oder gleich ein Studium. Auch im Studium wurde nebenher Geld verdient.

Es ging ganz normal weiter: Nach dem Studium der Beruf, eine Familie wurde gegründet, Kinder großgezogen. Eine glückliche Ehe, keine Scheidung, eine intakte Familie, nicht nur an Weihnachten im Gottesdienst. Beide Eltern arbeiteten. Die Kinder gingen in einen Verein, spielten Fußball, spielten ein Musikinstrument. In der Schule war es für die Kinder nicht immer einfach, aber am Ende haben sie alle Mittlere Reife, Abitur und danach eine Berufsausbildung gemacht. Das alles kostete das Doppelte und Dreifache, was das Kindergeld einbrachte. Aber weil beide Eltern arbeiteten, reichte es auch fürs Eigenheim. Der Kredit kostete ungefähr so viel wie früher die Miete. Dann war es so weit, das Haus war abbezahlt, aber es wartete die Sanierung: Dämmung, neue Fenster, neue Heizung, Photovoltaik. Vor der Tür das E-Auto. Man hatte gespart, es reichte auch noch dafür.

Mit dem Gesetz je in Konflikt geraten? Ja, Bußgeldbescheide. Aber sonst: Fehlanzeige. Immer schön nach den Regeln. Krankheit? Ja, aber es ging glimpflich ab. Fitness, Sport, Vorsorge? Nicht wirklich konsequent, aber man folgte dem Rat der Ärzte. Rente, Pflege, Arbeitslosen- und Krankenversicherung: In alle Kassen wurde über Jahrzehnte Monat für Monat eingezahlt; wenn man es zusammenzählt, waren es gut und gerne eine Million Euro. Beansprucht hatte man das Geld aber kaum. Rente und Pflege eines Tages, ja. Aber sonst? Ein Gefühl von Ungerechtigkeit schlich sich ein, wenn andere die Leistungen mehr als nötig in Anspruch nahmen, obwohl sie nichts oder nur wenig eingezahlt hatten. Und dafür auch noch in Schutz genommen wurden.

So sieht das Leben der Leute aus, von denen es heißt: Sie stehen früh auf, arbeiten hart ihr Leben lang und „halten den Laden zusammen“. Sie sind die „hart arbeitende Mitte der Gesellschaft“. Ein Ehrenplatz in Wahlprogrammen, in Koalitionsverträgen, in Sonntagsreden ist ihnen sicher. In den Debatten aber, in der Zeitung, im Radio, im Internet, in Büchern und in den Wahlkämpfen kam dieser Bürger, der alles richtig gemacht hatte, immer weniger vor.

Wann hatte er schon mal eine Geschichte, eine Sendung, einen Podcast über Alltag und Sorgen einer ganz normalen Ehe, einer ganz normalen Familie mit Kindern gelesen, gesehen, gehört? Zu langweilig?

Irgendwann kam er dann gar nicht mehr vor. In den Parlamenten und Regierungen, da ging es nicht um den braven Steuerzahler, sondern um den Bürgergeldempfänger; nicht um Häuslebauer, sondern um böse Vermieter und ausgebeutete Mieter; nicht um leistungsbereite Schüler, sondern um Bafög und die geschundene Jugend; nicht um Väter und Mütter, sondern um Frührentner, Geschlechts- umwandlung und Ehegattensplitting; nicht um Rechnen, Schreiben, Lesen, sondern um Notendruck, Inklusion

Sehr viele Menschen

führen ein geregeltes

Leben. In den Debatten

kommen sie kaum vor.

und vegetarische Ganztagsbetreuung. Statt über die glückliche Familie mit Kindern wurde über Patchwork, Scheidungen, Kinderlosigkeit, über ADHS, Alleinerziehende, Armut, Leihmütter und darüber kommuniziert, wie es ist, im Zeichen des Regenbogens die fünfte Ehe zu schließen. Als Hetero war man ohnehin nicht mehr angesagt. Homo war normal. Noch normaler war LSBTQ*.

Ist das noch normal? Wie kann es als minderwertig, ja bedenklich gelten, normal zu sein? Bedenklich, hieß es von Soziologen, weil es „strukturelle Gewalt“ sei, Normalität zum Maßstab zu erheben; minderwertig, hieß es von Philosophen, weil dadurch Minderheiten diskriminiert und Resentiments geschürt würden. Das war wohl auch der Grund, warum man nicht mehr vorkam. Was haben die hart arbeitenden Leuten also davon, dass sie den Laden zusammenhalten? Für die Gesundheit müssen sie bald noch höhere Beiträge bezahlen. Ehepartner müssen mitversichert werden. Die Pflege wird teurer. Der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung ist wieder gestiegen. Für die Rentenkasse muss noch härter, weil länger gearbeitet werden. Und auch da steigt der Beitrag. Und die Kinder? Können vom Eigenheim nur träumen.

Ob es je eine Steuersenkung für die Normalos gibt, wer weiß. Sie können schon froh sein, wenn sie nicht zu den „Reichen“ oder „Vermögenden“ gezählt werden. Und wenn sie Glück haben, können sie mit dem Geld, das ihnen eine Steuersenkung bringt, all das bezahlen, was ihnen an anderer Stelle noch zusätzlich abverlangt wird. Denn sie halten den Laden ja schließlich zusammen. Wie lange noch?

Heute mit Magazin



Mode in Paris, Landwirtschaft im Netz, Design in Kopenhagen und Sonnencreme für alle

Kollektiver Grusel

Spielfilme von Youtubern feiern Sensationserfolge. Jetzt will Hollywood die Mythen des Internets plündern.

Feuilleton, Seite 9

Die Nacht der zwei Cousins

„Es geht nicht um Fußball.“ Paris erlebt Frankreichs WM-Spiel gegen Marokko als lange, heiße Sommernacht.

Sport, Seite 32

Studieren für die Ewigkeit

Die Lagerung von Atom Müll braucht Fachleute. Mehrere Hochschulen bieten inzwischen spezielle Studiengänge an.

Beruf und Chance, Seite 29

Briefe an die Herausgeber, Seite 27

Strengere Haftungsregeln bei E-Scooter-Unfällen

Bei Unfällen mit Elektrorollern gelten künftig strengere Regeln für deren Vermieter. Der Bundestag hat am Donnerstag eine Gesetzesänderung verabschiedet, aufgrund derer die Geschädigten leichter an Schadenersatz kommen sollen. „Wer mit der Vermietung von E-Scootern Geld verdient, muss auch Verantwortung für die Schäden übernehmen, die mit seinen Fahrzeugen verursacht werden“, sagte Justizministerin Stefanie Hubig (SPD) im Vorfeld. Es gebe keinen Grund, die Vermietung von E-Scootern anders zu behandeln als die von Autos. (Siehe Kommentar Seite 8.) *F.A.Z.*

VW-Aufsichtsrat uneins über Sanierungsplan

HAMBURG. Der Machtkampf um ein neues Sparprogramm für Europas größten Autohersteller Volkswagen geht weiter. Am Donnerstagabend konnte sich der Aufsichtsrat des Konzerns nicht auf eine Linie zur Senkung der Kosten und für mehr Effizienz verständigen. Vor allem wegen weniger Absatz in China sind die Auslieferungen im zweiten Quartal auf 2,08 Millionen Fahrzeuge zurückgegangen, also um fast neun Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies kündigte an, gegen Werksschließungen zu kämpfen. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.) *cmu.*

Brüssel: Facebook und Instagram machen süchtig

BRÜSSEL. Die EU-Kommission verlangt von Facebook und Instagram, dass sie ihr Angebot grundlegend überarbeiten. Das Design der beiden zum Konzern Meta gehörenden Plattformen führe dazu, dass die Nutzer abhängig von den Diensten gemacht würden, stellt die Kommission fest. Damit verstießen sie gegen das EU-Gesetz für digitale Dienste (DSA). Um das zu ändern, könnten Facebook und Instagram etwa das „unendliche Scrollen“ und das automatische Abspielen von Videos standardmäßig abstellen. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.) *hmk.*

Tote und Verletzte nach Waldbrand in Spanien

MADRID. Auf der Flucht vor einem Waldbrand in der spanischen Provinz Almería sind zwölf Menschen ums Leben gekommen. Fast alle waren offenbar ausländische Touristen, unter ihnen mehrere Briten. Die meisten sollen einer Wandergruppe angehört haben. 23 Personen wurden am Freitagnachmittag noch vermisst. Als Ursache für die Brände wird ein umgestürzter Strommast vermutet. Gut 500 Rettungskräfte und 16 Löschflugzeuge waren in dem 3200 Hektar großen, schwer zugänglichen Gebiet im Einsatz. Starker Wind erschwerte die Löscharbeiten. *hcr.*



4 190295 040428 6 0 0 2 8

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, E-Mail: kundenservice@faz.de oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 5,20 € / Kanaren, Balearen 5,40 € / Schweiz 6,20 sfrs